



Antrag

der Abgeordneten **Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

Die Ressource Boden gehört allen X – Ausweitung der Erhaltungssatzung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die rechtlichen Voraussetzungen für Kommunen geschaffen werden, ihre Erhaltungssatzungen weiterzuentwickeln und entsprechende Schutzgebiete leichter ausweisen und ausweiten zu können – einschließlich der Möglichkeit, sie auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten.

Begründung:

Ein wichtiges Instrument, um Wohnungen im Bestand vor Umwandlungen und Luxussanierungen zu schützen, ist die Erhaltungssatzung. Die Satzung deklariert Wohngebiete zeitlich beschränkt zum Milieu-Schutzgebiet, damit die angestammte Bevölkerung nicht verdrängt wird. In der Ausweisung und Umsetzung sind die Kommunen aber durch strenge rechtliche Rahmenbedingungen so eingeschränkt, dass ein effektiver Schutz für Mieterinnen und Mieter durch dieses Instrument schwer möglich ist. Beispielsweise können heute Quartiere, in denen die Mieten bereits stark gestiegen sind, so gut wie nicht mehr als Erhaltungssatzungsgebiet ausgewiesen werden.

Der vorliegende Antrag soll das Instrument der Erhaltungssatzung effektiver machen und den Kommunen die passgenaue Umsetzung und die verstärkte Ausübung ihres Vorkaufsrechts erleichtern.